



# ENTSORGUNGSSITUATION ZWISCHEN ELBE UND WESER

Thesenpapier des Industrie- und Umweltausschusses  
der IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum als Ergänzung  
zu den Positionen der Raumordnung



Industrie- und Handelskammer  
Stade für den Elbe-Weser-Raum

# DEPONIEREN ERMÖGLICHEN, ENGPÄSSE VERMEIDEN

Erdaushub und Bauschutt entstehen auf jeder Baustelle. Es macht keinen Unterschied, ob es sich um ein privates Wohnhaus oder eine kommerzielle Gewerbehalle handelt, es fallen mineralische Abfälle an. Viele dieser Massenabfälle eignen sich zur Weiterverwertung im Bau von Straßen, Sportplätzen und Lärmschutzwänden. Es verbleiben jedoch in Niedersachsen laut der IHK Niedersachsen bis zu 1 Mio. Tonnen im Jahr<sup>1</sup>, die sicher und schadlos deponiert werden müssen. Nur in zugelassenen Anlagen dürfen diese mineralischen Abfälle abgelagert werden. Unbelasteter Erdaushub kann bei Verfüllmaßnahmen eingesetzt und leicht bis mäßig belastete Abfälle auf Deponien der Klassen 0 und I entsorgt werden. Die Bauwirtschaft und die Entsorgungsunternehmen sehen sich jedoch jüngst mit vielen Herausforderungen konfrontiert, denn Entsorgungskapazitäten sind zwischen Elbe und Weser derzeit nicht vorhanden.

Der Industrie- und Umweltausschuss der IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum hat sich daher mit den Hauptproblemen der derzeitigen Entsorgungssituation und deren Folgen befasst, um Lösungsansätze zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit aufzuzeigen. Der Ausschuss erkennt die hohe Notwendigkeit der Wiederverwertung und betont die notwendige Transformation zu einer ressourcenschonenden und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Kreislaufwirtschaft. Das Recycling von Stoffen wird in Zukunft einen immer höheren Stellenwert einnehmen, jedoch wird die Entsorgung auch weiterhin ein Element der Kreislaufwirtschaft bleiben. Auch zukünftig werden nicht verwertbare Stoffe zur Beseitigung verbleiben, die sicher und schadlos deponiert werden müssen.

Mit diesem Thesenpapier unterbreitet die IHK Stade der Politik und Verwaltung ein Gesprächsangebot, um Ansätze zu erarbeiten, die die regionale Entsorgungssicherheit aus ökologischen und ökonomischen Gründen gewährleisten.

## These 1: Lange Planverfahren erschweren die Umsetzung von Deponieprojekten

Die Unternehmerschaft ist sich der Notwendigkeit der Gewährleistung der Entsorgungssicherheit sehr bewusst. Die aus diesem Grund geplanten privatwirtschaftlichen Deponien unterliegen jedoch langen Planverfahren. Kommen dann noch lokale Widerstände, fehlende politische Unterstützung oder Klagen hinzu, verlängern sich die Genehmigungsverfahren auf unbestimmte Zeit. Außerdem steigen dadurch die Realisierungskosten, was den Betrieb einer Deponie unrentabler macht. Häufig ergeben sich auch durch konkurrierende Ziele in der Raumordnung Schwierigkeiten für privatwirtschaftliche Deponiekonzepte. Standortentscheidungen sollten daher in Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft gefällt werden.

Fehlen regionale Entsorgungskapazitäten, müssen lange Transportwege in Kauf genommen werden, die aus ökologischen und ökonomischen Gründen stets vermieden werden sollten und zu einem Anstieg der Entsorgungskosten führen als auch die Umwelt unnötig belasten.

### Was zu tun ist:

- Auch weiterhin müssen Deponie-Standorte zur Sicherstellung der Entsorgung nicht verwertbarer Stoffe zur Verfügung stehen.
- Planungsverfahren klar strukturieren und beschleunigen
- Bedarfsgerechte Standortsuche von Potenzialgebieten für Deponien auf Landkreisebene und Festlegung der Standorte in den Regionalen Raumordnungsprogrammen.

## These 2: Inflexible Regelungen verhindern häufig die Wiederverwertung

Mineralische Abfälle, die als „gering belastet“ gelten, lassen sich dennoch häufig gefahrlos als Grundlage für den Bau von Straßen oder zur Aufschüttung von Lärmschutzwällen nutzen. Durch eine solche Wiederverwertung kann der Einsatz wertvoller Ressourcen gespart und die Umwelt geschont werden. In der Praxis stoßen die Unternehmen jedoch häufig auf Hindernisse, denn die Grenzwerte für den Einbau wiederverwertbarer mineralischer Materialien sind häufig zu inflexibel und werden zunehmend gesenkt. Der Aufwand für die Einhaltung der Grenzwerte wird damit höher und unverhältnismäßiger. In der Folge steigt die Menge an Stoffen, die einer Deponierung zugeführt werden müssen, obwohl deren Einbau in bestimmte Baumaßnahmen unbedenklich ist. Die geogenen Besonderheiten der Region sind zu berücksichtigen. Zwischen Elbe und Weser sind Bodentypen häufig anzutreffen, deren Zusammensetzung eine Deponierung aus technischen Gründen erschwert. Diese meist unbedenklichen Stoffe können zur Verfüllung von Sand- und Kiesgruben genutzt werden. Starre Grenzwerte führen zudem dazu, dass selbst Material mit natürlich bedingtem Vorkommen bestimmter Stoffe deponiert werden muss und dadurch wertvoller Deponieraum schneller knapp wird.

### Was zu tun ist:

- Recycling und Wiederverwertung ist ein wichtiges Thema für die Unternehmen. Grenzwerte sollten allerdings so gestaltet werden, dass auf fundierter wissenschaftlicher Grundlage gering belastete und unbedenkliche Materialien auch tatsächlich in Wiederverwertungs- oder Verfüllmaßnahmen eingesetzt werden können.
- Bei der Ausschreibung von Bauprojekten der öffentlichen Hand sollte die Nutzung von wiederverwertbaren und recycelten Materialien als Voraussetzungskriterium berücksichtigt werden müssen.
- Der begrenzte Deponieraum sollte durch passende gesetzliche Regelungen soweit es geht für die Ablagerung tatsächlich bedenklicher mineralischer Abfälle zur Verfügung stehen.

## These 3: Fehlende regionale Kapazitäten können Baupreise erhöhen

Wenn im Elbe-Weser-Raum keine Deponien der Klassen 0 und I vorhanden sind, verlängern sich die Fahrtwege zu den anderen Entsorgungsstätten entsprechend. Eine Folge davon sind steigende Entsorgungskosten. Zum einen führt die Verknappung des Deponieraums zu höheren Annahmepreisen bei den verbleibenden Entsorgungsstellen. Zum anderen führt der Mehrverbrauch an Kraftstoff und die Zeit, die das Personal mit einer Entsorgungsfahrt beschäftigt ist, zu einem steigenden finanziellen Aufwand für die Unternehmen. Lange Transportwege müssen auch aus ökologischen Gründen vermieden werden. Denn der Transport über weite Distanzen führt zu unnötigen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Bei allen Bautätigkeiten fallen mineralische Abfälle in Form von Bauschutt und Bodenaushub an. Steigende Kosten im Entsorgungsbereich erhöhen den finanziellen Aufwand, der für jedwedes Bauvorhaben notwendig ist. Das betrifft den privaten Einfamilienhausbau genauso wie die Errichtung großer gewerblicher Hallen.

### Was zu tun ist:

- Deponien für mineralische Abfälle der Klassen 0 und I sollten möglichst aufkommensnah zur Verfügung stehen.
- Da allein die Planung einer Entsorgungseinrichtung häufig mehrere Jahre in Anspruch nimmt, sollten rechtzeitig ausreichende Deponiekapazitäten für die Zukunft vorgebracht werden.
- Dabei sollten Kooperationen zwischen Landkreis (Politik und Verwaltung) und Unternehmen gefördert werden, um geeignete Standorte zu finden und einen breiten Rückhalt für die Planungen zu erreichen.

#### Literatur:

1: IHK NIEDERSACHSEN: Deponiekapazitäten in Niedersachsen. Fokus Niedersachsen. (Stand: August 2018)

**Ansprechpartner:**

IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum  
Eike Christian Koopmann  
Telefon: 0 41 41/52 4-140  
E-Mail: eike.koopmann@stade.ihk.de

IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum  
Am Schäferstieg 2 | 21680 Stade  
Telefon: 0 41 41/52 4-0, Fax: 0 41 41/524-111  
E-Mail: info@stade.ihk.de  
Internet: www.stade.ihk24.de

Geschäftsstelle Cuxhaven  
Altenwalder Chaussee 7 | 27474 Cuxhaven  
Telefon: 0 47 21/7216-0, Fax: 0 47 21/7216-261

Geschäftsstelle Verden  
Johanniswall 17 | 27283 Verden  
Telefon: 0 42 31/9246-0, Fax: 0 42 31/9246-240

Unser ServiceCenter bietet Ihnen als zentraler  
Anlaufpunkt umfassende Dienstleistungen an.

Montag bis Donnerstag	9 bis 17 Uhr
Freitag	9 bis 15 Uhr



**Industrie- und Handelskammer  
Stade für den Elbe-Weser-Raum**